

**Niederschrift**

25. Sitzung Hauptausschuss  
11. Januar 2022, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

**Punkt 3 der Tagesordnung: Abschlussbericht des Projekts „Genderstern – Umsetzung geschlechtergerechter Sprache bei der Stadt Karlsruhe**

**Vorlage: 2021/1506**

**3.1 Genderschreibweise beenden**

**Antrag: AfD**

**Vorlage: 2021/0782**

**3.2 Umgang mit geschlechtergerechter Sprache**

**Antrag: CDU**

**Vorlage: 2022/0036**

**Beschluss:**

verwiesen in den Gemeinderat

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf. Er weist darauf hin, dass es sich um eine Informationsvorlage handle. Grundsätzlich sehe er die Aufgabe nicht als politisches Thema des Gemeinderats. Er müsse vielmehr festgelegt werden, wie die Stadt Karlsruhe mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgehe. Darin sei deutlich beschrieben, dass durch die Aufteilung in männlich und weiblich ein Teil der Bevölkerung nicht abgebildet werde. Hierdurch sehe er die Aufforderung geschlechtliche Vielfalt auch sprachlich sichtbar zu machen. Eine bundesweite Empfehlung zur einheitlichen Umsetzung gebe es derzeit noch nicht. Für die Stadt Karlsruhe solle nun der Genderstern als eine Option der geschlechtergerechten Sprache ermöglicht werden. Hierzu solle auch ein Kompendium mit Empfehlungen erstellt werden. Über die weitere Entwicklung werde das Gremium informiert.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** berichtet von Rückmeldungen aus der Bevölkerung, wonach eine Verwendung des Gendersterns nicht vorstellbar sei. Der Antrag werde deshalb aufrechterhalten. Er bemängelt, dass auf den Inhalt des Antrags in der Stellungnahme nicht eingegangen worden sei und deshalb die Beantwortung noch offen sei.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE)** erläutert, dass die vorhandenen Möglichkeiten der deutschen Sprache genutzt werden sollen, um die Diversität der Gesellschaft sichtbar zu machen. Sie begrüßt die Erstellung des Kompendiums mit dem Ziel einer umfassenden wertschätzenden Kommunikation und der Möglichkeit den Genderstern als eine Ausdrucksform zu nutzen.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** betont das Ziel der umfassenden, wertschätzenden Kommunikation. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Gendersterns lehne er ab.

**Stadträtin Melchien (SPD)** dankt der Verwaltung für das gezeigte Engagement und unterstützt das beschriebene Vorgehen.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)** befürwortet eine einheitliche Vorgabe für die Verwaltung und die Durchgängigkeit in allen Texten der Stadt sowie die zeitnahe Umsetzung.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR)** weist darauf hin, dass es bereits jetzt eine wertschätzende Kommunikation gebe und das Thema nicht neu sei. Er teile den Kern der Sache, gibt aber zu bedenken, dass die gesamte Bevölkerung mitgenommen werden müsse und nicht eine elitäre Haltung entstehen dürfe.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU)** schließt sich der Äußerung von Stadtrat Kalmbach an. Er widerspricht der Darstellung, dass das Bundesverfassungsgericht einen bestimmten Umgang mit den Geschlechtern vorschreibe. Vielmehr sei es eine Frage der Haltung und dass darüber gesprochen werde, sei gut und richtig. Er stimmt zu, dass weiter daran gearbeitet werden müsse. Von einer verpflichteten Umsetzung bittet er jedoch zum jetzigen Zeitpunkt abzusehen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** weist auf die im Antrag erwähnte Statistik hin.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI)** betont, dass die gesamte Bevölkerung mitgenommen werden müsse, von daher solle Sprache auch einfach verständlich sein. Es solle keine elitäre Ausdrucksweise entstehen. Eine Anwendung im normalen Sprachgebrauch sehe er derzeit nicht. Er befürworte das im CDU-Antrag vorgeschlagene Vorgehen.

**Der Vorsitzende** macht auf die Aussagen von **Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** deutlich, dass auf eine gendergerechte Sprache nicht verzichtet werden könne. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Gendersterns solle nicht geben. Das Abwarten auf bundeseinheitliche Regelungen werde denjenigen nicht gerecht, die sich bereits jetzt durch die Sprache nicht mitgenommen fühlen. Es solle deshalb ein Kompendium entstehen und innerhalb der Verwaltung aufgezeigt werden, wie eine gendergerechte Sprache umgesetzt werden könne. Er sehe einen Übergang, in dessen Zeit es über verschiedene Möglichkeiten eine gesamtgesellschaftliche Diskussion geben werde, an der sich die Stadt Karlsruhe beteiligen solle.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** betont die Unterschiedlichkeit zum Antrag der AfD und dass es keine Verpflichtung zur Verwendung des Gendersterns geben solle. Er verweist auf entsprechende

Ansinnen innerhalb von verschiedenen Gesellschaften. Er bittet darum, den Antrag ebenfalls im Gemeinderat aufzurufen.

**Der Vorsitzende** stellt klar, dass es im Kompendium verschiedene Möglichkeiten einer gendgerechten Sprache geben solle ohne jedoch eine beliebige Anzahl von Zeichen zuzulassen. Er plädiert dafür den vorgeschlagenen Weg zu gehen.

**Stadtrat Hock (FDP)** befürwortet den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** fragt, ob die bisherige Art zu sprechen, abgeschafft werde.

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass es bislang nicht die Vorgabe gegeben habe nur die maskuline Form zu verwenden. Er gehe auch davon aus, dass diese Möglichkeit im Kompendium nicht enthalten sein werde. Der bisherige Standard, in dem bereits jetzt z. B. von „Frauen und Männern“ und „Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen“ gesprochen werde, solle lediglich um eine weitere Option ergänzt werden. Er stellt, nach dem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, den Verweis in den Gemeinderat fest.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
18. Januar 2022